

Im Jahr 2019 wurde der Präsident der FGTB Antwerpen in einem Berufungsverfahren verurteilt, weil er vor dem Hafen von Antwerpen, an einem nationalen Aktionstag, einen Streikposten organisiert hatte. Im Jahr 2021 wurden 17 Gewerkschafter, darunter der Präsident der FGTB, in einem Berufungsverfahren zu Haftstrafen auf Bewährung und zu Geldstrafen verurteilt, weil sie an einem Streiktag im Jahr 2015 an einer Straßensperre teilgenommen hatten. In beiden Fällen wurden sie auf der Grundlage von **Artikel 406 des Strafgesetzbuches** wegen **"böswilliger Behinderung des Verkehrs"** verurteilt. In beiden Fällen wurden die Gewerkschaftsfunktionäre härter bestraft als andere. Es ist die Ausübung des Streikrechts, das in Frage gestellt wird. Heute ist es die Gewerkschaft. Wer ist morgen an der Reihe?

**GEWERKSCHAFTER,  
NICHT KRIMINELL**

Diese Urteile stellen eine Form der **Einschüchterung** für alle sozialen Bewegungen und deren Verantwortliche dar. Ein Sitzstreik der Jugend für das Klima, eine „Bummelfahrt“ der Landwirte, eine Kundgebung, eine friedliche Aktion auf einer öffentlichen Straße - all das ist nun mit strafrechtlichen Risiken verbunden. **Streiken ist ein Grundrecht.** Es gibt kein Recht auf Streik, wenn man dessen Ausübung unterbindet. Soziale Errungenschaften sind das Ergebnis von Kämpfen, die im Laufe der Geschichte oftmals mit Streiks verbunden waren. Sobald wir denken dass wir sie für immer errungen haben, werden diese Errungenschaften anfällig. **Autoritäre Fehlentwicklungen beginnen immer irgendwo... Es liegt an uns Bürgerinnen und Bürgern, sozialen Bewegungen, Vereinigungen und Gewerkschaftern, uns zu mobilisieren und zu bekräftigen, dass es keine Demokratie ohne Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit und Gewerkschaftsfreiheit gibt.**

**AKTION AM 6. DEZEMBER 2021**

# DIE KOLLEKTIVE AKTION IN GEFAHR

Infolge der Verurteilungen von Gewerkschaftern in Antwerpen und in Lüttich wegen «böswilliger Behinderung des Verkehrs» ruft die **FGTB** zu Personalversammlungen auf, um die Herausforderungen und die Folgen dieser Gerichtsentscheide zu erläutern. **Wenn unsere Handlungsmöglichkeiten kriminalisiert werden, sind es unsere Forderungen, die darunter leiden werden. Die Erhöhung aller Löhne, der Ersatzeinkommen, eine Mehrwertsteuer von 6% auf Energiepreise. Unser ganzer Kampf für eine angemessene Kaufkraft wird seiner besten Waffe beraubt: die Kollektive Aktion.**

## 1 WARUM IST DAS ANTWERPENER URTEIL BESORGNISERREGEND?

Der Zugang zum Hafen wurde durch einen Streikposten verhindert, an dem mehrere Dutzend Aktivisten sich versammelt hatten. Dies geschah an einem Tag im Jahr 2016, an dem mit einer landesweiten Aktion gegen die unsozialen Maßnahmen (insbesondere die Erhöhung des Rentenalters!) der Regierung Michel protestiert wurde. Das abgesperrte Gebiet hat den Transitverkehr der Hafengesellschaften beeinträchtigt. Die Antwerpener Polizei hat zwei Festnahmen vorgenommen: ein Aktivist, sowie der Präsident der **FGTB** Antwerpen. Es sollten zwei Wochen vergehen, bis ihre Befragung erfolgte. Eine Befragung, bei der es plötzlich um die Straftat der «böswilligen Behinderung des Verkehrs» (Artikel 406 des Strafgesetzbuchs) geht. Nur der Präsident der **FGTB** Antwerpen wird dieser Straftat für schuldig befunden, weil er den Streikposten organisiert hat. Das Urteil wird in der Berufung bestätigt. Ein sehr schlechtes Zeichen für die Gegenmacht in Belgien, denn dieses Urteil könnte diejenigen entmutigen, die in Zukunft soziale Proteste organisieren wollen. **Haben Sie Einschüchterung gesagt?**

## 2 WARUM DAS URTEIL VON LÜTTICH DIE SITUATION VERSCHLIMMERT

Weil das Urteil des Berufungsgerichts in Lüttich anerkennt, dass die 17 verurteilten Gewerkschafter nicht die Organisatoren der Straßenblockade sind und auch, dass sie keinerlei Material zur Blockade der Brücke mitgebracht haben. Sie nahmen an einem Aktionstag gegen die Sparmaßnahmen der Regierung im Jahr 2015 teil. Es ist allein ihre passive Anwesenheit vor Ort (sie haben sich der Blockade nicht widersetzt), die die Verurteilung rechtfertigt, gleichfalls wegen böswilliger Behinderung des Verkehrs (Artikel 406 des Strafgesetzbuchs). Wie in Antwerpen, werden Gewerkschaftsfunktionäre mit einer höheren Strafe belegt als andere. 6 Jahre nach den Ereignissen wird, in der Berufung, die böswillige Behinderung zu einer boshaften und ... gefährlichen Behinderung! Man würde also von einem Vergehen zu einem ... Verbrechen übergehen. Und das, obwohl man nicht für die Blockade verantwortlich ist. Die Bußgelder werden verdoppelt. **Haben Sie Verbissenheit gesagt?**

## 3 DROHEN GELD- ODER HAFTSTRAFEN WENN MAN AN EINER KOLLEKTIVEN AKTION TEILNIMMT?

Seit dem 19. Oktober 2021 lautet die Antwort leider ja! Die simple Anwesenheit reicht aus, um verurteilt zu werden. Haftstrafe auf Bewährung, was bedeutet das? Das bedeutet, dass der Präsident der **FGTB** und die 16 anderen Kameraden Gefahr laufen, tatsächlich im Gefängnis zu landen, wenn sie sich während der gesamten Dauer der Strafe (in diesem Fall drei Jahre) an einem Streikposten befinden. Praktisch, wenn man Gewerkschafter ist...

Zur Erinnerung: Mehrere Gewerkschaftsfunktionäre hatten, dem Aufruf der Jugendkoalition für das Klima folgend, an einem Sitzstreik in der Rue de la Loi (eine neutrale Zone, die nicht besetzt werden darf) in Brüssel teilgenommen. Morgen könnte dieser Akt des zivilen Ungehorsams weitaus schlimmere Folgen haben als eine einfache Räumung durch die Polizei.

## 4 EINE ABSICHT, DEN GEWERKSCHAFTEN ZU SCHADEN?

---

In den letzten Jahren sehen sich Gewerkschafter/innen regelmäßig mit polizeilichen und gerichtlichen Interventionen konfrontiert. Der Einsatz von Zwangsgeldern und Angriffe auf unsere Delegierten und Delegiertenkandidaten kommen häufig vor. Das Gesetz von 1996 hindert uns daran, frei über Lohnerhöhungen zu verhandeln. Die Einschränkungen für gewerkschaftliche Aktivitäten mehren sich. Artikel 406 des Strafgesetzbuchs « böswillige Behinderung des Verkehrs» wurde benutzt, um die Aktion der **FGTB** zu bestrafen. In beiden Fällen wurde die Tatsache Gewerkschaftsfunktionär zu sein von der Justiz härter bestraft. Im Fall der Brücke von Cheratte stellt sich die Frage, ob die Ermittlungen nicht ausschließlich auf Gewerkschaftsaktivisten ausgerichtet waren, die in sozialen Netzwerken aufgespürt wurden und als einzige verfolgt wurden. Manche (Medien, Politiker...) halten die Idee aufrecht, wonach gewerkschaftliche Aktionen am Tag des Streiks in Lüttich zum Tode einer Patientin in einem Krankenhaus geführt hätten. Die Untersuchung hat ergeben, dass es keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Aktion an der Brücke von Cheratte und der verspäteten Ankunft des Chirurgen im Krankenhaus gegeben hat. Die Untersuchung ergab also, dass es somit auch keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Gewerkschaftsaktion und dem Tod der Person gegeben hat. Der Fall wurde vor Gericht verhandelt und mündete in einer Einstellung des Verfahrens. Weder das Krankenhaus, noch die Familie haben diese Entscheidung angefochten. Unsere Kritiker sorgen jedoch weiterhin für Verwirrung.

## 5 WELCHE DEMOKRATISCHEN GEFAHREN?

---

Wenn der Artikel 406 des Strafgesetzbuchs nicht abgeändert wird, kann er immer und immer wieder gegen Mobilmachungen eingesetzt werden. Demokratie, das bedeutet nicht, nur einmalig alle vier Jahre wählen zu gehen. Es bedeutet auch, die politische Ausrichtung einer Regierung in Frage stellen zu können, sich Arbeitgebern, die das Arbeitsrecht mit Füßen treten zu widersetzen, wenn nötig durch Demonstrationen, den öffentlichen Raum besetzend. Der Richter hat das Ziel, das mit der Aktion verfolgt wurde, überhaupt nicht berücksichtigt. Dies ist ein sehr schlechtes Signal für alle sozialen Bewegungen, die eine Gegenmacht ausüben, indem sie den öffentlichen Raum besetzen. Die Kriminalisierung der gewerkschaftlichen Aktion kündigt weitere an. Autoritäre Auswüchse beginnen immer irgendwo. Heute sind es die Gewerkschaften. Wer ist morgen an der Reihe?

## 6 WIE REAGIEREN?

---

**WIDERSTEHEN.** So handeln, wie wir es immer getan haben. Sich nicht einschüchtern lassen. Weiterhin für mehr Gleichheit und Solidarität kämpfen. Immer wieder das Kräfteverhältnis der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufbauen. Denn wenn die Gewerkschaften es nicht mehr machen, wer wird es dann machen? Die **FGTB** wird gegen das Lütticher Urteil Kassationsbeschwerde einlegen und Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einlegen. **AM 6. DEZEMBER 2021 WIRD EINE AKTION IN GEMEINSCHAFTSFRONT ORGANISIERT**, die mit einem 24 Stunden Streik abgedeckt ist. Sie markiert den Beginn einer Kampagne über Gewerkschaftliche Freiheiten und Rechte.